

Willy Brandt

Deutschland, Israel und die Juden

Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vor dem Herzl-Institut in New York am
19. März 1961

UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE VERGANGENHEIT

Es ist nicht selbstverständlich, daß ein Deutscher von jüdischen Freunden im Ausland aufgefordert wird, sich zu dem Thema „Deutschland, Israel und die Juden“ zu äußern.

Ich möchte mit dem offenen Bekenntnis beginnen, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und den Juden bis heute auch nicht annähernd entlastet ist und sich auch gar nicht in einem Zustand der Ausgeglichenheit befinden kann. Gewiß ist von beiden Seiten schon einiges getan worden – ich werde darauf noch eingehen müssen. Aber die furchtbaren Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes an Millionen jüdischer Menschen begangen wurden, sind durch keinen guten Willen, keine Wiedergutmachung, keine Rückerstattung auszulöschen. Sie werden diese Welt, in der wir leben, belasten, solange sie besteht, und nur ausgelöscht werden können von dem, der uns alle geschaffen hat.

Das gilt übrigens für die nationalsozialistische Vergangenheit allgemein. Nichts wäre falscher, als die Jahre des braunen Terrorregimes einfach ausradieren zu wollen, sie gewissermaßen nicht für existent zu erklären und etwa mit der deutschen Geschichte wieder bei 1932 anzufangen. Die nationalsozialistische Vergangenheit ist da, sie muß getragen werden. Kinder und Enkel müssen mit diesem Erbe so gut wie möglich fertig werden.

Das bedeutet aber nicht, daß wir diese Vergangenheit leichter ertragen könnten, indem wir bei jedem einzelnen sein Stück Verantwortung oder Schuld, sein Mitdabeisein oder seine Entschuldigungen, nicht dabeigewesen zu sein, immer von neuem zu überprüfen hätten.

Die in den ersten Nachkriegsjahren aus der Empörung über das furchtbare Geschehen veranstaltete „Entnazifizierung“ von Millionen ist weitgehend gescheitert, weil man das wirkliche Geschehen nicht nach formalen Maßstäben erfassen konnte. Mit Verallgemeinerungen kam und kommt man nicht weiter. Das deutsche Volk ist als Kollektiv weder gut noch böse. Es ist nicht unwandelbar, und die persönliche Verantwortung jedes einzelnen für das, was in diesem Volk geschehen ist, hat – wie wir alle wissen – mit der formalen Zugehörigkeit zu dieser oder jener Gruppe wenig oder gar nichts zu tun. Es gab Nichtnationalsozialisten, die sich in jenen bösen Jahren schlimmer benommen haben als formale Mitglieder der nationalsozialistischen Partei. Es gab Richter des Dritten Reiches, die alles versucht haben, um die vor ihren Schranken erscheinenden Opfer nationalsozialistischer Gesetzgebung vor Tod und Gefängnis zu retten. Hier gelten allein, und das darf ich wohl gerade vor jüdischen Menschen sagen, die strengen Maßstäbe der zehn Gebote, und gegen diese ist allerdings in der furchtbarsten Weise nicht nur von einzelnen, sondern von Tausenden verstoßen worden.

DIE UNBELEHRBAREN SIND IN DER MINDERZAHL

Aber vielleicht nehmen Sie das Urteil eines Mannes, der 1933 als junger Mensch sein Vaterland verließ, von Hitler ausgebürgert wurde, mit dem norwegischen und dem deutschen Widerstand gleichermaßen eng verbunden war und erst nach Deutschland zurückkehrte, als es am tiefsten am Boden lag, eher ab als die Reden anderer, die gezwungen oder freiwillig an dem Unrecht beteiligt waren. Ich muß sie im Namen meines Volkes um eine nüchterne und möglichst gerechte Beurteilung der deutschen Situation bitten. Ich möchte dazu meinen Beitrag leisten, indem ich eine Bestandsaufnahme der inneren Situation dieses Volkes Ihnen darzustellen versuche als einer, der wie kaum ein anderer durch alle Teile des freien Deutschlands gereist ist und aus unzähligen Gesprächen die Menschen kennt und der in der Mitte Deutschlands als Bürgermeister seiner Hauptstadt zu wissen glaubt, wie es in diesem Volke aussieht.

Selbstverständlich kann Deutschland nicht chemisch frei sein vom „Nazismus“ und von Rassenvorurteilen jeder Art. Dazu war das Gift der nationalsozialistischen Lehre zu tief in den Volkskörper gedrungen. Selbstverständlich gibt es auch heute noch Unbelehrbare, die meinen, alles, was geschehen ist, sei ja gar nicht so schlimm gewesen, und selbstverständlich gibt es auch noch Antisemiten in Deutschland wie – schrecklich genug

zu sagen – wohl in allen Völkern der Welt. Aber das Problem des Neonazismus sollte nicht überschätzt und damit falsch eingeschätzt werden.

Einige höchst bedauerliche Erscheinungen, wie sie Ende 1959 und in den ersten Monaten des Jahre 1960 hervorgetreten sind, waren keinesfalls typisch für die innere Haltung des deutschen Volkes oder gar der Jugend. In einem Volk von – auf die Bundesrepublik bezogen – über 50 Millionen Menschen wird es immer in dieser und jener Richtung verhetzte Jugendliche geben. Aber die Hakenkreuzschmierer von Köln oder anderen deutschen Städten stehen nicht für unsere Jugend. Man beginge einen schwerwiegenden Irrtum, spräche man unter dem Eindruck dieser schlimmen Ereignisse etwa ein Urteil über die heranwachsende Generation in meinem Lande aus.

Im freien Teil Berlins haben bei einer Bevölkerung von 2,2 Millionen Menschen höchstens einige Dutzend Jugendliche sich an rechtsextremistischen Aktionen oder Organisationen beteiligt, und vielfach verrät deren Verhalten mehr Abenteuerlust und Unreife als etwa politische Profil. Diesen einigen Dutzend standen aber Anfang 1960 35 000 junge Berliner gegenüber, die ohne jede vorangegangene Propaganda sich zu einer eindrucksvollen spontanen Kundgebung gegen Antisemitismus und Chauvinismus zusammengefunden haben. In anderen großen Städten ist es nicht viel anders gewesen.

Die junge Generation in meinem Land ist kritisch und nüchtern und weitgehend illusionslos und – leider muß man das sagen – auch weitgehend materiell eingestellt. Von der Romantik der jungen Leute aus vergangenen Jahrzehnten ist nicht viel zu spüren. Mancher mag das für einen bedauerlichen Ausdruck des mangelnden Idealismus halten, aber zugleich liegt in diesem Sachverhalt ein gewisser Sicherheitsfaktor. Denn diese jungen Leute würden gewiß nicht so schnell wie ihre Eltern einem braunen Rattenfänger nachlaufen. Wenn wir ihnen z. B. Schallplatten mit Hitlerreden vorspielen, so ist ihre Reaktion meist ein Lächeln und ein völliges Unverständnis dafür, daß weite Teile eines relativ großen Volkes einem Hysteriker vom Schlage Hitlers aufsitzen konnten.

Auch die führenden Kräfte in der Bundesrepublik, also die Männer und Frauen, die die Nazizeit bewußt erlebt haben und heute politische oder kulturelle Verantwortung tragen, sind überwiegend bereit, sich mit der Vergangenheit ernsthaft auseinanderzusetzen und mit ihr fertig zu werden. Zwar gibt es, durch ein unglückseliges Gesetz gefördert, ohne Zweifel eine Reihe von Beamten in leitenden Stellungen, die sich schon aus eigenem

Schamgefühl besser hätten von ihren jetzigen Ämtern fernhalten sollen. Zwar haben wir im Bereich der Schule, an den Universitäten und in unseren kulturellen Einrichtungen immer wieder personelle Schwierigkeiten, die ich durchaus nicht bagatellisieren will. Aber der Nationalsozialismus, das möchte ich mit allem Nachdruck sagen, hat in Deutschland keine ernst zu nehmende politische Heimat mehr.

UNSER EHRLICHES BEMÜHEN

Das ist natürlich zunächst nur eine negative Feststellung, und sie schließt nicht aus, daß reaktionäre Tendenzen der einen oder anderen Art noch eine beträchtliche Rolle spielen mögen. Sie schließt nicht ein, daß der Antisemitismus verschwunden ist. Ich glaube jedoch, daß er seinen Charakter gewandelt hat und daß seine Basis dünn geworden ist. Jedenfalls kann man nicht bestreiten, daß es seit Jahr und Tag ernste Bemühungen gibt, über das Verhältnis zwischen Deutschland und den Menschen jüdischer Herkunft offen und ehrlich zu sprechen.

Dies möchte ich mit einigen Beispielen erhärten. Wir feiern mit Anteilnahme der führenden politischen Kräfte die Gedenktage der notvollen Vergangenheit und begehen in jedem Frühjahr eine Woche der Brüderlichkeit, getragen von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Wir gedenken der Zerstörung des Warschauer Ghettos und verbinden diese Feiern meistens mit dem Hinweis auf die Gründung des Staates Israel. Wir gedenken des 20. Juli 1944 als des großen Zeichens inneren deutschen Widerstandes. Wir begehen den 9. November zur Erinnerung an das schreckliche Verbrechen der Kristallnacht 1938. Seit Jahren haben wir eine ungeschminkte Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit in Fernsehen, Funk und Presse zu verzeichnen. Eine über vielstündige Abendsendungen gehende Fernsehserie hat Millionen Deutsche mit der Wirklichkeit dieser schlimmen Jahre schonungslos konfrontiert. Eine Vielzahl von Filmen beschäftigt sich mit dem jüdischen Schicksal. Zu unserer Freude werden diese Filme gerade von jungen Menschen besucht. Das am meisten aufgeführte Schauspiel auf deutschen Bühnen in den letzten Jahren war „Das Tagebuch der Anne Frank“. Es hat geradezu eine Bewegung unter der jungen Generation ausgelöst; Jahr für Jahr wandern seitdem junge Menschen zu dem Massengrab, in dem die sterblichen Überreste dieses jüdischen Mädchens in Bergen-Belsen ruhen.

Aufmerksamkeit widmen wir in Berlin, aber auch in anderen Teilen des freien Deutschlands der politischen Bildung, dem staatsbürgerlichen Unterricht in unseren Schulen und dem Nachwuchs unserer Beamten. Vor allem fördern wir die politische Bildung derer, die sich von Amts wegen mit jungen Menschen zu befassen haben, vor allem also der Lehrer. Denn für viele der älteren Lehrer ist ja der politische Unterricht heute eine Auseinandersetzung mit sich selbst. Sie waren dabei, sie haben mehr oder minder willig während der Nazizeit junge Menschen im Sinne des Unrechtsstaates unterrichten müssen. Sie sind jetzt den unbequemen Fragen der Schüler gegenübergestellt, die sich natürlich auch für die persönliche Haltung ihres Lehrers in diesen Jahren interessieren. Um so wichtiger ist, daß die junge Lehrergeneration an unseren Schulen und Hochschulen wirklich weiß, was geschehen ist, und erkannt hat, daß es an ihr liegt, ob die jungen Menschen, die sie zu erziehen hat, besser befähigt werden, dem Bösen zu widerstehen.

Auf diesen Gebieten gibt es gewiß nicht nur Erfolge. Es gibt auch halbherzige Maßnahmen und offenbare Unzulänglichkeiten. Aber ein durchweg ehrliches Bemühen ist doch unverkennbar.

PANKOW UND DIE JUDEN

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine deutliche Bemerkung zu der Situation im anderen Teil Deutschlands, also in der sowjetischen Besatzungszone, machen. In die eben geschilderte Auseinandersetzung mit uns selbst, mit den jüdischen Menschen im Ausland, auch in unser Verhältnis zum Staate Israel haben sich Leute eingemischt, die besser schweigen sollten, wenn sie es könnten.

Mit dem Anspruch darauf, die einzigen wirklichen Antifaschisten auf deutschem Boden zu sein, haben sich die Propagandisten der Kommunistischen Partei zu Worte gemeldet und betreiben von Ost-Berlin aus eine maßlose Hetze gegen die Bundesrepublik. Leider haben sie an vielen Stellen der Welt mit ihrer Agitation einen gewissen Erfolg, weil sie hinter einer Nebelwand von antifaschistischer Propaganda die eigenen Sünden zu verdecken suchen. Es ist zwar ein makabrer Tatbestand und gehört zum Elend der Spaltung, wenn sich Menschen in beiden Teilen ihres Landes vor den Augen der Welt ihre nationalsozialistische Belastung vorwerfen. Aber es kann nicht hingenommen werden,

wenn im Ausland der Eindruck entsteht, als ob der Zonenstaat, die sogenannte DDR, ein Hort des Antifaschismus sei. Das ist nicht der Fall. An sehr einflußreichen Stellen des Ost-Berliner Staatsgebildes sitzen Männer, die dem „Tausendjährigen Reich“ ergeben und an verantwortungsvoller Stelle gedient haben. Hartnäckig hat sich der Zonenstaat gegen jede Art von Wiedergutmachung an die ehemaligen jüdischen Bewohner, die heute im Ausland leben, gewehrt. Es ist deshalb sicher kein Zufall, daß die Zahl der jüdischen Mitbürger in der sowjetischen Besatzungszone auf 1500 zurückgegangen ist, während sie im Bundesgebiet und in West-Berlin 27 000 beträgt, 27 000 zu 1500 bei einer Bevölkerungsrelation von 3:1.

MATERIELLE WIEDERGUTMACHUNG

Lassen Sie mich auch noch einige Worte zur materiellen Wiedergutmachung sagen und an den Hinweis zu Beginn meiner Rede erinnern, daß im letzten Sinne des Wortes nicht wiedergutzumachen ist, was geschah. Das Bundesentschädigungsgesetz mit einer voraussichtlichen Gesamtverpflichtung von ca. 14 Milliarden DM ist zu etwa 52 % der Ansprüche abgewickelt, auf die finanziell knapp 60 % der Entschädigungssumme entfallen. Das ist bei allen Mängeln dieses Gesetzes und bei einer sicher immer wieder notwendigen Kritik an dem Tempo der Abwicklung eine bedeutende Leistung. Ich weiß, daß das Gesetz in seiner praktischen Abwicklung einige zum Teil sehr erhebliche Härten gezeigt, hat, an deren Beseitigung zur Zeit der zuständige Ausschuß des Deutschen Bundestages arbeitet. Ich hoffe, daß diese Härten noch auszugleichen sind. Freilich wird die vom Gesetz festgelegte Abschlußfrist der Abwicklung am 31. 12. 1961 nicht eingehalten werden können. Das liegt an einer Fülle von praktischen Schwierigkeiten, die sich in der verwaltungsmäßigen Behandlung der Anträge ergeben haben. Berlin, das den Großteil der Wiedergutmachung zu tragen hat, bemüht sich jedenfalls nach besten Kräften, um so schnell und so wirksam wie möglich helfen zu können.

Das Wiedergutmachungsgesetz für den öffentlichen Dienst ist im wesentlichen abgewickelt, während das Bundesrückerstattungsgesetz in seiner Durchführung, nicht zuletzt wegen des sehr komplizierten, nicht allein aus deutschen Rechtsvorstellungen entstandenen Verfahrens, größere Schwierigkeiten macht.

Darf ich vielleicht auch eine kleine, aber nicht unwichtige Hilfe erwähnen, die wir in Berlin

eingeführt haben. Das Land Berlin gibt solchen Mitbürgern, die als Nichtjuden während der Nazizeit jüdischen Verfolgten Schutz und Hilfe haben angedeihen lassen, je nach ihrer sozialen Lage laufende Renten oder einmalige Zuwendungen. Damit wollen wir die enge Verbindung deutlich machen, die in Hunderten von Fällen zwischen Juden und Nichtjuden auch im nationalsozialistischen Deutschland bestanden hat.

WIR UND ISRAEL

Schließlich sei in diesem Zusammenhang das Israel-Abkommen erwähnt, das die Bundesrepublik im Zuge der Wiedergutmachung eingegangen ist und das – abgesehen von den Vereinbarungen mit den jüdischen Organisationen – mit einer materiellen Verpflichtung von über 3 Milliarden DM, soweit ich sehen kann, reibungslos abgewickelt wird.

Damit komme ich zu dem Verhältnis meiner Landsleute zu jenem jungen tapferen Staat, der sich aus Blut und Tränen in der alten Heimat des jüdischen Volkes neu gebildet hat. Es ist mir eine besondere Freude, Ihnen darüber berichten zu können, daß wiederum gerade die junge deutsche Generation mit einem tiefen Respekt und einem Interesse, wie es wenig [!] anderen Ländern zugewendet wird, dem Staate Israel gegenübersteht. Die Bewunderung für die Pionierarbeit, für die Entschlossenheit der Selbstbehauptung, aber auch die Einsicht, daß Israel in der weltpolitischen Auseinandersetzung im gleichen Lager steht wie wir, alle diese Faktoren spielen bei der Sympathie für diesen jungen Staat mit, wobei die Tatsache, daß es sich um einen jüdischen Staat handelt, nicht einmal die ausschlaggebende Rolle spielt.

Ich habe selbst, leider nur auf wenige Tage beschränkt, im vergangenen Jahr einen ersten starken Eindruck von diesem Land gehabt. Die ungeheure Energie, die es ausstrahlt in seiner seltsamen Verbindung zwischen moderner Aufbauarbeit und tiefem Glauben an die Urzusammenhänge der Menschheit, ist mir eines der stärksten persönlichen Erlebnisse der Nachkriegsjahre gewesen. In steigendem Maße besuchen junge Deutsche dieses Land. Einige von ihnen haben sich verpflichtet, in den Kibbuzim Israels freiwillig eine nicht bezahlte Aufbauarbeit zu leisten. Bezeichnenderweise steht diese Mitarbeit junger Deutscher in diesem Land unter dem Namen „Aktion Sühnezeichen“. Das ist – und Sie werden es recht verstehen, wenn ich das sage – ebenso wichtig wie Beträge, die nach

Israel gezahlt worden sind.

Freilich ist meine Reise nach Israel auch von Funktionären des sowjetdeutschen Regimes mißbraucht worden, um die arabischen Staaten gegen Deutschland aufzuhetzen. Darf ich dazu in aller Kürze, aber auch mit allem Nachdruck, folgendes sagen: Meine politischen Freunde und ich sind für normale Beziehungen zu allen Staaten, die dies wünschen und daran keine für uns unannehmbaren Bedingungen knüpfen. Aber ich unterstreiche, daß wir – sicherlich auch im Sinne der amerikanischen Politik – einen friedlichen Ausgleich zwischen den Völkern im Nahen Osten zu fördern wünschen.

KEINE KOLLEKTIVSCHULD ABER KOLLEKTIVSCHAM

Lassen Sie mich meine Bestandsaufnahme noch einmal wie folgt zusammenfassen:

1. Die heranwachsende und zum Teil schon herangewachsene Generation bietet einen guten Boden für menschliches Wirken und für die Völkerverständigung.
2. Führende Kräfte in der Bundesrepublik sind über alle Parteien hinweg zu wirklicher Bewältigung der Vergangenheit bereit.
3. Der Antisemitismus und der Chauvinismus sind in Deutschland kaum noch als bewegende Kräfte zu werten.
4. Wir brauchen heute nicht mehr bei einem Nullpunkt anzufangen, sondern wir sind einige Schritte in der Überwindung alter Vorurteile vorangekommen.

Niemand kann die Schrecken der Vergangenheit auslöschen und vergessen. Wenn wir jedoch nur rückwärts schauen, verlieren wir die Klarheit des Blicks in die Zukunft.

Ich habe hier auch um Verständnis für ein Volk zu bitten, das unmittelbar nach dem Kriege hart arbeiten mußte, nur um die nackte Existenz zu erhalten. So beliebt waren nun die Nazi-Führer bei den Bewohnern der deutschen Trümmerwüste 1945/46 nicht, daß Nürnberg sie mehr interessiert hätte als die Frage nach ein paar Pfund Kartoffeln und Kohlen.

Es hat einen großen Eindruck auf mich gemacht, was ein Amerikaner deutsch-jüdischer Herkunft 1946 gesagt hat: Wenn ein Volk den Hunger überwinden und aufbauen soll, dann können seine Menschen nicht dauernd den Kopf sinken lassen und vor sich hinmurmeln: wir sind schuldig. Gerade weil das Gericht der Sieger keine innere Selbstreinigung des deutschen Volkes brachte, konnte das viel zitierte Wort von der unbewältigten Vergangenheit in Deutschland aufkommen.

Unser erster Bundespräsident, Professor Theodor Heuss, hat gesagt, daß er nichts von Kollektivschuld halte. Ich stimme mit ihm überein, daß es das Gefühl einer kollektiven Scham geben muß.

Ausländische Beobachter haben das Jahr 1959 als das Jahr bezeichnet, in dem die Bundesrepublik begonnen hätte, sich stärker mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Eine Reihe von Gerichtsverfahren begann, in denen Naziverbrecher abgeurteilt wurden. Diese Prozesse erregten große Aufmerksamkeit in unserer Öffentlichkeit. Diese Prozesse sind nicht das Ergebnis eines Drucks von außen gewesen. Sie mußten nicht etwa erzwungen werden und sie begannen vor den Hakenkreuzschmierereien. Das und was die Welt sonst seither in diesem Zusammenhang erregt hat, sind keine Zeichen für eine Wiederkehr des Nazismus. Platzende Eiterbeulen sind eine Form der Selbstreinigung eines Körpers und nicht einer neuen Vergiftung.

Die öffentliche Diskussion während der letzten beiden Jahre in meinem Land hat keine Wiederbelebung oder Zunahme nazistischer Gedanken gebracht.

DIE JUNGE DEUTSCHE DEMOKRATIE BRAUCHT VERTRAUEN

Niemand kann die Vergangenheit ungeschehen machen. Das ist eine einfache, in diesem Falle furchtbare Wahrheit. Es geht nur darum, daß die Vergangenheit keine Zukunft bekommt. Handeln kann man nur in der Gegenwart.

Es geht um die Realität des heutigen Deutschlands. Die Realität heißt Wiedergutmachung, gegen die sich niemand gewendet hat. Die Realität heißt Rechtssicherheit und Vertrauen auf das Recht. Ich brauche Sie, wie ich glaube, nicht mehr davon zu überzeugen, daß wir

Deutschen, und gerade wir Berliner, entschlossen sind, unsere demokratische Gemeinschaft zu verteidigen und in aller ihrer Vitalität zu erhalten.

Das Land, in dem ich wirke, hat sich in den letzten 16 Jahren entwickelt, obwohl es irgendwo Verbrecher gab, die sich unerkant verborgen hielten. Niemand weiß, wie viele solcher Fälle es noch geben mag. Die Tatsache, daß einer der Schlimmsten entdeckt wurde, daß er vor Gericht gestellt wird, hat mit der Entwicklung der Bundesrepublik genausoviel und genausowenig zu tun, als ob er nie entdeckt worden wäre.

Und deshalb kann ich Sie, meine Damen und Herren, nur bitten, mein Land nach dem zu beurteilen, was es heute ist, und nicht nach denen, die nichts als Schatten waren seit 1945 und die, falls sie Gestalt annehmen, schnell wieder in ihr Schattendasein zurücksinken.

Ich erkenne wohl die Problematik, hier als Deutscher das Wort Versöhnung auszusprechen. Aber alles, was uns die jüdische Religion und die jüdische Philosophie lehrt, spricht ja gerade auch für die Versöhnung, für Gerechtigkeit, Weisheit und Menschenliebe.

Ich habe Sie darum gebeten, mein Land nach der Realität von heute zu beurteilen. Ich muß noch einen Schritt weitergehen. Jeder von uns weiß, wie unberechtigtes Mißtrauen verletzen und zerstören kann. Die deutsche Demokratie braucht Vertrauen. Sie verdient diese Hilfe, weil die wirklich schuldlose junge Generation nicht mit den Sünden und den Versäumnissen ihrer Väter belastet werden sollte. Für diese Jugend darf ich Sie beschwören, mitzuhelfen, einen neuen Anfang zu finden, damit für alle, die guten Willens sind, der Weg in die Familie freier Völker offensteht.